

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 2 · 6. März 2018

Diesel-Urteil

Mögliche Diesel-Fahrverbote haben den Landtag alarmiert. Anlass für die Aktuelle Stunde war das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das solche Verbote in Ausnahmefällen erlaubt hatte. S. 3

Landtag macht Schule

400 Jugendliche aus ganz Nordrhein-Westfalen haben am ersten Aktionstag „Landtag macht Schule“ teilgenommen. Sie simulierten eine Plenarsitzung und debattierten mit dem Landtagspräsidium. S. 6-7

30 Jahre am Rhein

Vor 30 Jahren wurde das Landtagsgebäude am Rhein eingeweiht. Anlässlich des Jubiläums startet Landtag Intern eine Serie rund um das Gebäude. Erster Teil: die Geschichte des Neubaus. S. 12-13

Verkehr in NRW

Wie sieht die Zukunft des Verkehrs in Nordrhein-Westfalen aus? Mit dieser Frage befassten sich Sachverständige in einer Anhörung. Ein Schwerpunkt dabei: die Potenziale der Digitalisierung. S. 17

Neue Serie:

30 Jahre Landtag
am Rhein



Zukunft der Schulsozialarbeit Politik debattiert über Finanzierung



Foto: Schälte

INHALT



Foto: Schälte

Zukunft der Schulsozialarbeit

Sachverständige äußern sich zur Finanzierung ...	S. 9
Standpunkte	S. 10

Aus dem Plenum

Das Diesel-Urteil und die Folgen	S. 3
Meldungen	S. 4

Forum

Landtag macht Schule	S. 6
--	------

Gesetzgebung	S. 8
------------------------------------	------

Forum

Aufbruch zum neuen Ufer	S. 12
---	-------

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de
Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Aus den Fraktionen

Aus den Ausschüssen

Meldungen	S. 16
---------------------------------	-------

Zu Wasser, zu Lande und in der Luft	S. 17
---	-------

Krankenhausfinanzierung auf dem Prüfstand	S. 18
---	-------

Im Porträt Norbert Römer (SPD)	S. 19
--	-------

Kurz notiert	S. 20
------------------------------------	-------

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2309, 884-2304 (tob), (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Marc Herter (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 1. März 2018, 16 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

[Weitere Hinweise](#)



www.landtagintern.de

Das Diesel-Urteil und die Folgen

Landtag debattiert über mögliche Fahrverbote in NRW-Städten

28. Februar 2018 – Drohen Diesel-Besitzern Fahrverbote in nordrhein-westfälischen Städten? Mit dieser Frage befasste sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde. Nur einen Tag zuvor hatte das Bundesverwaltungsgericht in Ausnahmefällen solche Fahrverbote zur Verbesserung der Luft erlaubt.

Der Aktuellen Stunden lagen Anträge der AfD-Fraktion (17/2026) und der Grünen-Fraktion (17/2027) zugrunde.

Dr. Christian Blex (AfD) kritisierte die Gerichtsentscheidung: „Was wir gestern erleben durften, war Staatsversagen mit Ansage.“ Das Urteil basiere auf einer „völlig unreflektierten Übernahme“ von Grenzwertempfehlungen der Weltgesundheitsorganisation für die Feinstaubbelastung. Der Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) für Stickstoffdioxide sei als „ökoradikales Planziel“ vom Gesetzgeber für gültig erklärt worden; diese Interpretation sei allerdings „ganz bewusst falsch“. Zudem seien Messcontainer – etwa in Düsseldorf – direkt an Hauptverkehrsstraßen errichtet worden, um die gewünschten Ergebnisse zu liefern.

Arndt Klocke (Grüne) wies darauf hin, dass die Bundesregierung bislang keine notwendigen Maßnahmen ergriffen habe, um Fahrverbote zu vermeiden. In „Kumpanei“ mit der Autoindustrie sei in der Vergangenheit „geschummelt und getrickst“ worden, um Messwerte von Dieselfahrzeugen zu manipulieren – mit eklatanten Folgen für die Gesundheit. Es brauche deshalb ein „verbindliches Hardwareupdate“ in betroffenen Fahrzeugen. Die Kosten dafür müsse die Autoindustrie tragen. „Und zwar zu 100 Prozent.“ Nötig sei außerdem die bundesweite Einführung einer blauen Plakette, um schadstoffarme Fahrzeuge zu kennzeichnen.

Das Bundesverwaltungsgericht habe eine abstrakte Rechtsfrage beantwortet, aber nicht darüber geurteilt, ob Fahrverbote in den betroffenen Kommunen einzuführen sind, sagte **Klaus Vosseem** (CDU). Die Entscheidung, ob diese verhältnismäßig seien, obliege den Bezirksregierungen. „Ziel der NRW-Koalition ist und bleibt es daher, Fahrverbote generell zu vermeiden. Auch der blauen Plakette erteilen wir weiterhin eine Absage“, erklärte Vosseem. Fahrverbote würden einen schweren wirtschaftlichen Schaden verursachen. Ziel sei es, die Feinstaubbelastung weiter zu senken, dafür stünden eine ganze Reihe anderer Maßnahmen zur Verfügung.

„Kommunen unterstützen“

Bisher habe die Landesregierung „sprachlos, untätig und orientierungslos“ reagiert, sagte **Sven Wolf** (SPD). Das Problem könne nicht von den Kommunen allein gelöst werden. Es sei nun an der Landesregierung, einen Maßnahmenkatalog zu erstellen. Nur so könnten bei einem möglichen Fahrverbot ein Verkehrschaos verhindert und die Ziele der Gesundheit und des Umweltschutzes erreicht werden. Es brauche Instrumente, die Klarheit schafften. Die blaue Plakette könne eines davon sein. „Dieselgate ist in den Städten angekommen“, sagte Wolf und forderte die Landesregierung auf, die Kommunen mit Förderprogrammen zu unterstützen.

Aus Sicht der FDP-Fraktion seien Fahrverbote eine „unzumutbare Einschränkung individueller Mobilität“, sagte **Bodo Middeldorf**. Sie vernichteten Vermögen und seien „auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitisch der vollkommen falsche Weg“. Die FDP werde alles daran setzen, Fahrverbote für Dieselfahrzeuge zu vermeiden. Das Bundesverwaltungsgericht habe Fahrverbote an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geknüpft und damit ein „kluges, abgewogenes Urteil“ gefällt. Wichtig sei, die Automobilhersteller in die Pflicht zu nehmen. Sie müssten ältere Dieselfahrzeuge auf eigene Kosten nachrüsten.

Man habe sich „willkürlich“ auf einen von vielen Grenzwerten fokussiert, sagte **Marcus Pretzell** (fraktionslos). Er empfahl, die Grenzwerte bei der Schadstoffbelastung zu verändern. Dies sei die „einzige realistische Möglichkeit“.

Fahrverbote seien nur dann zulässig, wenn sie sich als einzige geeignete Maßnahme erweisen, die Grenzwerte einzuhalten, sagte Umweltministerin **Christina Schulze Föcking** (CDU). Fahrverbote seien damit eine „Ultima-Ratio-Option“. Dies habe das Gericht deutlich gemacht. Zudem seien Übergangsfristen und Ausnahmeregelungen erforderlich. Die Landesregierung sei zuversichtlich, die Einhaltung der Grenzwerte auch ohne Fahrverbote zu erreichen. Die Ministerin sah auch die Autobranche in der Pflicht: Alle Möglichkeiten der Nachrüstung müssten geprüft werden – „zeitnah und nicht auf Kosten der Autofahrer und Steuerzahler“.

tob, ell, zab

Foto: Schälte



Lehrerbesoldung

28.2.2018 – Lehrerinnen und Lehrer sollen einem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zufolge künftig unabhängig von der Schulform besoldet werden. Der Landtag hat sich in erster Lesung mit dem Entwurf („Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung“, [17/1817](#)) befasst. „Mit dem 2009 in Kraft getretenen neuen Lehrerausbildungsgesetz durchlaufen nun alle Lehramtsanwärter die gleiche und gleich lange universitäre Ausbildung“, heißt es im Entwurf. Dies sei Ausgangspunkt für die „berechtigte Forderung nach einer anschließend gleichen Besoldung unabhängig von der Schulform“. Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) sowie den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Kommunen und Integration

28.2.2018 – Mit Mehrheit ist ein Antrag der Grünen-Fraktion zur Finanzierung von Integrationsmaßnahmen in den Kommunen abgelehnt worden. Ein Entschließungsantrag von CDU und FDP wurde angenommen. In ihrem Antrag „Erst versprochen, dann vergessen – und jetzt? Landesregierung muss Mittel für Integrationsmaßnahmen schnell und zielgerichtet an Kommunen weiterleiten“ ([17/1985](#)) hatte die Grünen-Fraktion kritisiert, dass die Landesregierung ungeachtet früherer Versprechungen nicht vollständig die Mittel des Bundes zur Unterbringung und Integration geduldeter Flüchtlinge (Integrationspauschale) an die Städte und Gemeinden weitergeleitet habe. Sie hatte Schwarz-Gelb aufgefordert, das Geld – jährlich 434 Millionen Euro – auf der Grundlage des Verteilschlüssels im Gemeindefinanzierungsgesetz 2018 an die Kommunen weiterzugeben. Im Entschließungsantrag ([17/2048](#)) mit dem Titel „Solidarität und Solidarität – Die Landesregierung hält Wort: In 2018 erhalten Kommunen 100 Millionen Euro

für Integrationsmaßnahmen“ argumentierten die Koalitionsfraktionen, die Landesregierung habe 23 Prozent der Bundesmittel an die Kommunen weitergegeben. Der entsprechende Haushaltsantrag sei von den kommunalen Spitzenverbänden begrüßt worden. Die rot-grüne Vorgängerregierung habe in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 keine Mittel aus der Integrationspauschale weitergeleitet. Gegen den Antrag der Grünen-Fraktion stimmten CDU, FDP und AfD; SPD und Grüne stimmten dafür. Der Entschließungsantrag wurde mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der übrigen Fraktionen angenommen.

Unterrichtsniveau an Schulen

28.2.2018 – Der Landtag hat sich mit dem Antrag der AfD-Fraktion „Unterrichtsniveau sichern: Sprachliche Mindestvoraussetzungen schaffen und Anteil von Migranten in Schulklassen begrenzen“ ([17/1995](#)) befasst. In Ballungsgebieten wie dem Ruhrgebiet liege der Anteil an Migrantinnen und Migranten in Schulklassen zum Teil bei 90 bis 100 Prozent. „Unverhältnismäßig heterogene Klassen, die sich aus eklatant fehlenden Sprachvoraussetzungen bzw. einem übermäßig hohen Anteil an Migranten ergeben, die bislang nicht mit dem deutschen Schulsystem in Berührung gekommen sind, gefährden das schulische Leistungsniveau aller Schüler“, heißt es im Antrag. Die AfD-Fraktion fordert einen Eingangstest zur Überprüfung der sprachlichen Fähigkeiten, für Schülerinnen und Schüler mit „gravierenden sprachlichen Mängeln“ gesonderte Förderklassen und eine Begrenzung von Nichtmuttersprachlern auf 20 Prozent pro Klasse. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

Petitionsbericht

28.2.2018 – Der Petitionsausschuss des Landtags hat im zweiten Halbjahr 2017 rund 3.600 Petitionen von Bürgerinnen und Bürgern erhal-

ten. Dies geht aus dem Bericht des Ausschusses hervor, den der Vorsitzende [Serdar Yüksel](#) im Landtag vorgestellt hat. Im selben Zeitraum wurden rund 1.200 Petitionen erledigt. In fast 30 Prozent der Fälle konnte den Petenten geholfen werden. Inhaltliche Schwerpunkte waren der Bereich Soziales mit 251 Petitionen, Ausländerrecht (180), Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt (152) sowie Rechtspflege und Betreuung (131). Der Petitionsausschuss des Landtags hilft Bürgerinnen und Bürgern bei Ärger mit Behörden, die der Aufsicht des Landes unterstellt sind. Eine Petition darf grundsätzlich jede und jeder einreichen. Dem Petitionsausschuss des Landtags gehören Abgeordnete aller Fraktionen an. Zweimal im Jahr legt er einen Bericht über seine Arbeit vor.

Befugnisse des Verfassungsschutzes

28.2.2018 – Der Landtag hat das Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen ([17/1671](#)) geändert: Bisher befristete Ermittlungsbefugnisse des Verfassungsschutzes werden jetzt dauerhaft ermöglicht. Dazu zählen das Beobachten von zugangsgesicherter Kommunikation im Internet (z. B. Foren und Chats), die Erhebung von Auskünften über Beteiligte am Zahlungsverkehr und über Geldbewegungen sowie die Erhebung von Auskünften über Telekommunikations-Verbindungsdaten und Nutzungsdaten. Die Eingriffsrechte waren bislang bis zum 1. Juni 2018 befristet. Für den Gesetzentwurf der Landesregierung stimmten die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Grünen-Fraktion.

Theater- und Orchesterpakt

28.2.2018 – Der Landtag hat sich mit dem Antrag der SPD-Fraktion „Theater- und Orchesterpakt erneuern“ ([17/1992](#)) befasst. Die angespannte finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden mache es „immer schwieriger, auskömmliche finanzielle Mittel“ zur Bewahrung der kommunalen Theater und Orchester si-



cherzustellen. Mit ihrem „Theater- und Orchesterpakt“ habe die damalige rot-grüne Landesregierung deshalb im Jahr 2013 „ein Signal für den Erhalt der in den Kommunen vorhandenen Bühnen“ gesetzt. Die Landesförderung wurde von 14,5 auf 19 Millionen Euro jährlich erhöht. Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen – etwa gestiegene Betriebskosten – reichten die Fördergelder aktuell nicht mehr aus. Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag, den Theater- und Orchesterpakt zu erneuern. Es gelte dabei, „die Grundausstattung des Betriebs an allen derzeitigen Standorten langfristig zu ermöglichen“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) überwiesen.

Philosophie an Grundschulen

28.2.2018 – Der Antrag „Philosophie verleiht Flügel!“ (17/533) der Grünen-Fraktion ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt worden. Die Grünen hatten in ihrem Antrag gefordert, Philosophieunterricht als Ersatzfach an Grundschulen in Nordrhein-Westfalen einzuführen. Schülerinnen und Schüler, die nicht am bekenntnisorientierten Religionsunterricht teilnehmen, sollten durch das Ersatzfach die Möglichkeit erhalten, sich mit Sinn- und Wertefragen zu befassen. In der Plenardebatte wiesen Abgeordnete der Fraktionen, die den Antrag ablehnten, darauf hin, dass dieser überflüssig sei. Die schwarz-gelbe Landesregierung plane im Rahmen des „Masterplans Grundschule“ ohnehin die Einführung eines Ethikunterrichts. Bei der Einführung sei Gründlichkeit vor Schnelligkeit gefordert. Die Fraktionen von SPD und AfD enthielten sich bei der Abstimmung.

Kraft-Wärme-Kopplung

28.2.2018 – Die Europäische Kommission habe die bisher bestehende Begünstigung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bei der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zum

Teil beendet. Das schreiben die Fraktionen von CDU und FDP in ihrem Antrag (17/1988) zur Zukunft der KWK. Betreiber entsprechender Anlagen, die nach dem 1. August 2014 in Betrieb gegangen seien, müssten jetzt die volle Umlage zahlen, was die Wirtschaftlichkeit bedrohe. Kraft-Wärme-Kopplung wird z.B. in Unternehmen angewendet, die für ihre Produktion gleichzeitig Wärme und Strom erzeugen. „Betriebe, die mehrere Millionen Kilowattstunden Strom verbrauchen, können schnell mit Mehrkosten von mehreren Hunderttausend Euro rechnen“, heißt es in dem Antrag. Aber auch in Schulen, Schwimmbädern, Kommunen oder Krankenhäusern gebe es Heizkraftwerke. Die Erzeugungsform sei klimaschonend und energieeffizient. Die Fraktionen fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für die anteilige Befreiung von der EEG-Umlage rechtssicher und beihilfekonform geschaffen werden. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung überwiesen.

Belgische Atomreaktoren

1.3.2018 – Der Landtag hat sich auf Antrag der SPD-Fraktion (17/2028) in einer Aktuellen Stunde mit umstrittenen Atomreaktoren in Belgien und den Ergebnissen einer Reise von Ministerpräsident [Armin Laschet](#) nach Brüssel befasst. Laschet war in die belgische Hauptstadt gereist, um dort u. a. über die Atomreaktoren Tihange bei Aachen und Doel nahe Antwerpen zu sprechen. SPD-Fraktionschef [Norbert Römer](#) kritisierte im Landtag, der Belgien-Besuch von Ministerpräsident Laschet sei „dramatisch schlecht“ vorbereitet gewesen. „Er hatte keinen Plan, keine Strategie und schon gar keinen Lösungsvorschlag.“ „Diplomatischer Dilettantismus“ habe die Verhandlungsposition Nordrhein-Westfalens geschwächt. [Dr. Christian Untrieser](#) (CDU) sagte: „Es werden alle Möglichkeiten von uns ausgeschöpft, zu einem Abschalten von Tihange und Doel beizutragen.“ Die nordrhein-westfälische

Landesregierung nutze juristische Mittel und setze sich u. a. für den Bau von Stromleitungen zwischen Belgien und Deutschland ein. Grünen-Fraktionschefin [Monika Düker](#) kritisierte, der Ministerpräsident habe mit seinem Angebot, Braunkohlestrom nach Belgien zu liefern, erst Hoffnungen geweckt und dann die Glaubwürdigkeit der Politik verspielt. Der „missglückte Ausflug“ nach Belgien sei eine „Abfuhr erster Klasse“ gewesen. [Dr. Werner Pfeil](#) (FDP) sagte, die rot-grüne Vorgängerregierung habe viel zu lange zu dem Thema geschwiegen. Oberstes Ziel der neuen Landesregierung sei, „die Politik des Schweigens gegenüber Belgien zu beenden und die Politik des Aussprechens, aber auch des Vertrauensschaffens neu zu beginnen“. [Dr. Christian Blex](#) (AfD) wies darauf hin, das Kraftwerk Tihange könne nicht durch einen Beschluss des NRW-Landtags „sofort und endgültig stillgelegt werden“. Ängste der Bevölkerung seien, so Blex, von den anderen Fraktionen „bewusst hochgespielt“ und es sei „Ökopopulismus der übelsten Art betrieben“ worden. Ministerpräsident [Armin Laschet](#) (CDU) wies die Kritik zurück. Bei den Gesprächen mit Belgien gehe es darum, „unsere Position deutlich zu machen“, sagte Laschet. „Ich kann fünfmal scheitern, zehnmal scheitern. Ich werde noch zehnmal hinfahren und werben, dass Tihange abgeschaltet wird.“

Hochschulen

1.3.2018 – Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD ist ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur „Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes NRW – Gebührenfreiheitsgesetz“ (17/85) abgelehnt worden. Die Fraktionen von SPD und Grünen stimmten nach der zweiten Lesung für den Gesetzentwurf. Dieser sieht vor, dass „die Erhebung jeglicher Art von Studiengebühren durch das Land oder die staatlich finanzierten Hochschulen in NRW“ nicht stattfindet. Anlass war die Ankündigung der Landesregierung, Studiengebühren von ausländischen Studierenden erheben zu wollen.

Landtag macht Schule – 400 junge

6. Februar 2018 – Das Thema war brisant: Müssen Schülerinnen und Schüler an Karneval demnächst kostümiert zum Unterricht erscheinen? Die „Plenarsitzung“, in der diese nicht ganz ernst gemeinte Frage diskutiert wurde, war eine außergewöhnliche – sie bildete den Auftakt zum Aktionstag „Landtag macht Schule“. Rund 400 Neuntklässler aus ganz Nordrhein-Westfalen waren dabei. Sie nahmen, aufgeteilt in zwei Gruppen, die Plätze der Abgeordneten ein.



Eine Schülerin übernahm am Aktionstag die Funktion des Landtagspräsidenten und leitete die Plenarsitzung.

Humorvolles Thema, ernster Hintergrund: „Die Veränderungen in der Welt machen deutlich, dass Demokratie keineswegs selbstverständlich ist“, sagte Landtagspräsident André Kuper, der auch den Anstoß zum Aktionstag gegeben hatte. Für Demokratie müsse jeden Tag aufs Neue gewonnen werden, auch junge Leute sollten sich engagieren. „Landtag macht Schule“ solle dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen spiele-

risch die Regeln des Parlamentarismus und die Arbeitsweise des Landtags näherzubringen.

Bevor es ans Debattieren ging, erfuhren die Schülerinnen und Schüler zunächst Grundsätzliches über Abgeordnete und ihre Aufgaben, über die Arbeit in Ausschüssen und Fraktionen; sie erfuhren aber auch, wie Anträge und Gesetzentwürfe ins Plenum eingebracht werden und was eine „Lesung“ ist. Wenig später wurden

schon die Rollen verteilt. Der Präsidentenplatz musste besetzt werden, ebenso die Regierungsbank. Wer zufällig auf dem Stuhl eines Fraktionschefs saß, war plötzlich selbst einer.

Und dann wurde es „ernst“. Auf der Tagesordnung stand der Antrag, das NRW-Schulgesetz zu ändern und eine Pflicht zur Verkleidung an den tollen Tagen einzuführen. Gerade an Karneval werde deutlich, wie „lebenslustig und kreativ“ Nordrhein-Westfalen sei, hieß es im Antrag, der ebenso wie die Diskussionsbeiträge vom Besucherdienst des Landtags vorbereitet worden war. Dies müsse auch an den Schulen deutlich werden, deshalb sei dort ein

Kostümwang von Altweiber bis Veilchendienstag erforderlich: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

Nicht alle waren von dem Antrag begeistert. Als „rheinische Frohnatur“ musste er den Antrag eigentlich „mit Trömmelchen, Pauken und Trompeten unterstützen“, sagte ein Fraktionssprecher: „Was aber ist mit den Ostwestfalen?“ Für die unterschiedlichen Landesteile sollten un-

Diskussion mit dem Präsidium

Die 400 Schülerinnen und Schüler kamen von zwölf Gymnasien, Real- und Gesamtschulen aus Rheda-Wiedenbrück, Bochum, Lippstadt, Düsseldorf, Grevenbroich, Köln, Halver, Dormagen, Pulheim, Bad Münstereifel und Verl. Bei einer Diskussionsrunde mit Landtagspräsident [André Kuper](#), Vizepräsidentin [Carina Gödecke](#) und Vizepräsident [Oliver Keymis](#) hatten die jungen Leuten viele Fragen – zum Beispiel zur Platzierung der Fraktionen im Plenarsaal oder zum Arbeitstag eines Landtagspräsidenten. Sie wollten wissen, warum der Landtag seinen Sitz in Düsseldorf und nicht in Köln hat, wie lange es dauert, bis ein Gesetz verabschiedet ist. Oder warum im Landtag im 21. Jahrhundert noch immer per Hand abgestimmt wird. Bei unklaren Abstimmungsergebnissen bestehe immer noch die Möglichkeit des „Hammelsprungs“, erklärte Präsident Kuper. 99 Prozent der Abstimmungen seien aber eindeutig.

Angebote für junge Leute

Derzeit besuchen jährlich rund 30.000 junge Menschen das Parlament am Rhein und nehmen an verschiedenen Besuchsprogrammen teil. Landtagspräsident André Kuper will diese Zahl deutlich erhöhen. Neben dem Aktionstag wird es daher künftig spezielle Führungen für Schulklassen im „Haus der Parlamentsgeschichte“ geben, um jungen Menschen ganz gezielt die parlamentarische Geschichte des Landes zu vermitteln. Zugleich wird der Landtag verstärkt in den Schulen zu Gast sein. So soll die Zahl der Schulbesuche des Landtagspräsidenten sowie der Vizepräsidentinnen und des Vizepräsidenten erhöht werden. Zum Weltkindertag am 16. September 2018 wird im Landtag der Startschuss zu einer Wanderausstellung für Schulen zum Thema „Demokratie und Landtag“ fallen. Bei Fragen zum Besucherprogramm: besucherdienst@landtag.nrw.de



Leute debattierten über Karneval



Vizepräsidentin Carina Godecke und Vizepräsident Oliver Keymis antworteten den Jugendlichen.



Landtagspräsident André Kuper diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern.

verlassen, um ihn dann erneut durch eine der drei Eingangstüren mit den Aufschriften „Ja“, „Enthaltung“ oder „Nein“ zu betreten, wurde aus Zeitgründen verzichtet. Klar war aber: Von einem Kostümszwang hielten die Schülerinnen und Schüler nichts. *zab*

Ein Video zur Veranstaltung finden Sie unter:
www.landtag.nrw.de

terschiedliche Maßstäbe angelegt werden. „Lassen Sie den Dom in Kölle, wo Karneval gefeiert wird.“ Nicht allen Schülerinnen und Schülern stehe der Sinn nach Kamelle und Konfetti, erklärte ein anderer: „Wer dem Unterrichtsstoff nicht folgen kann, für den ist die Karawane längst weitergezogen.“ Angesichts der Diskussionsbeiträge hätte man „die Hände ein paar Mal am liebsten zum Himmel gestreckt“, ließ eine andere Fraktion verlauten. Wer feiern will, brauche keine Vorschriften, der Spaß an Karneval müsse

freiwillig bleiben. Die Kritik am Antrag riss nicht ab: „Man könnte meinen, hier fliegen gleich die Löcher aus dem Käse“, sagte ein Fraktionssprecher und forderte eine öffentliche Anhörung. Kostüme müssten finanziert werden, gab die „Schulministerin“ zu bedenken. Nur: „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?“

Wie nun umgehen mit dem Antrag? Ablehnen oder zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse überweisen, wie es auch der „Ältestenrat“ empfohlen hatte? Das Abstimmungsergebnis am Ende war nicht ganz eindeutig. Auf den in solchen Fällen üblichen „Hammelsprung“, bei dem die Abgeordneten den Plenarsaal

Fotos: Schälte



Ein Schüler bei seiner Rede im Plenarsaal.



Foto: Schälte

GESETZGEBUNG

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand



Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbesoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbesoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/1817](#) | SPD | 1. Lesung am 28. Februar 2018 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Siebtes Gesetz zur Änderung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/1671](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 28. Februar 2018 | angenommen

Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes NRW – Gebührenfreiheitsgesetz | [17/85](#) | SPD | 2. Lesung am 1. März 2018 | abgelehnt

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechtes an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 | [17/1981](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 1. März 2018 | Überweisung an den Hauptausschuss

Gesetz zur Zustimmung zum Einundzwanzigsten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Einundzwanzigster Rundfunkände-

rungsstaatsvertrag) und zur Änderung weiterer Gesetze (16. Rundfunkänderungsgesetz) | [17/1565](#) | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz) | [17/1447](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes | [17/1414](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zum Abbau unnötiger und belastender Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen – Entfesselungspaket I | [17/1046](#) | Landesregierung | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/1128](#) | AfD | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung

Sozialarbeit in der Schule

Sachverständige äußern sich zur Finanzierung

31. Januar 2018 – Wie geht es mit der Schulsozialarbeit weiter? Wer soll die Finanzierung übernehmen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer Sachverständigenanhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die Expertinnen und Experten äußerten sich zu einem Antrag der SPD-Fraktion.

Schulsozialarbeit sei ein „wichtiges Instrument, um Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien die Chance auf Teilhabe an schulischen und außerschulischen Aktivitäten zu ermöglichen“, heißt es in dem Antrag („Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen weiter sichern!“, [17/810](#)). Zudem leiste sie „wichtige Präventionsarbeit“.

Nach dem Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung fördere das Land die Schulsozialarbeit seit 2015 jährlich mit rund 48 Millionen Euro. Das Förderprogramm sei bis 2017 befristet gewesen. Aufgrund einer Verpflichtungsermächtigung im Landeshaushalt 2017 könne den Kommunen das Geld jedoch auch in diesem Jahr zur Verfügung gestellt werden. Die

SPD-Fraktion fordert eine Weiterfinanzierung über das Jahr 2018 hinaus. Außerdem solle sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass der Bund die Kosten wieder übernimmt.

Die Landesregierung habe inzwischen eine Weiterförderung in gleicher Höhe wie bisher bis 2021 vorgesehen, heißt es in einer Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen (Städtetag, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund) für den Ausschuss. Dies begrüße man ausdrücklich. Gleichwohl solle das Land seine Forderung aufrechterhalten, dass der Bund die Kosten künftig wieder übernimmt.

Die „Planung zur erneut befristeten (Weiter-)Finanzierung“ der Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter bilde die Wertschätzung der neuen Landesregierung „nur begrenzt ab“, so die Landesarbeitsgemeinschaft Schulsozialarbeit. Um ihre volle Wirksamkeit zu erfüllen, brauche Schulsozialarbeit eine „gesicherte, dauerhafte Finanzierung“. Die Arbeitsgemeinschaft empfiehlt außerdem die Einführung von Mindeststandards – eine Fachkraft pro Schule, an größeren Schulen mindestens zwei Fachkräfte – und die Einrichtung einer „Landesfachstelle Schulsozialarbeit“.

Befristete Stellen

Schulsozialarbeit helfe, „gelingendes Lernen gerade auch für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern zu ermöglichen“, erklärte Daniela Schneckenburger, Beigeordnete der Stadt Dortmund, in ihrer Stellungnahme. Dennoch sei es „bis heute nicht gelungen, eine verlässliche, dauerhaft abgesicherte Finanzierungsperspektive“ zu eröffnen. Dies sei „Ausdruck einer seit Jahren nicht geklärten Zuständigkeitsverantwortung“. Folge sei, dass Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter lediglich befristet beschäftigt würden. Es stelle sich die Frage, „ob arbeitsrechtlich eine weitere Befristung der Verträge möglich ist“ oder neu einzuarbeitende Kräfte eingestellt werden müssten: „Damit wäre ein erheblicher Verlust an Fachlichkeit an den Schulen verbunden.“ Erforderlich sei ein Signal der Landesregierung, „wonach das Land dauerhaft für die Finanzierung der Schulsozialarbeit als Regelangebot an den Schulen einsteht“.

Der Verein „Zoom – Gesellschaft für prospektive Entwicklungen“ zitierte in seiner Stellungnahme Ergebnisse eines Evaluationsberichts zum Programm „Soziale Arbeit an Schulen in Nordrhein-Westfalen“. Darin heißt es u. a., dass das Programm „deutliche Wirkungen hinsichtlich der Nutzung von Leistungen zur Förderung von Bildung und Teilhabe erzielt“.

zab



Foto: Schälte

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Schulsozialarbeit“



Schulsozialarbeit ist ...

... ein unabdingbarer Bestandteil einer modernen Schule geworden. Die Herausforderungen in unserer sich wandelnden Gesellschaft werden nicht weniger. Besonders die Inklusion und die Integration machen es notwendig, dass weitere Berufsgruppen Eingang in unsere Schulen finden müssen. Als Querschnittsaufgabe der Jugendhilfe, der Sozialhilfe, aber auch der pädagogischen Arbeit in den Schulen nimmt sie einen hohen Stellenwert ein. Meine persönlichen Erfahrungen als Schulleiter sind nur positiv.

... nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) unverzichtbar, um Kindern und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien die Chance auf Teilhabe zu ermöglichen. Schulsozialarbeit hilft, Bildungsarmut und Ausgrenzung zu vermeiden. Sie ist somit auch ein wichtiger Baustein für eine präventive Sozialpolitik an Schulen und kommt damit allen Schülerinnen und Schülern zugute.

Eine Weiterfinanzierung über das Jahr 2018 hinaus ...

... ist durch die mittelfristige Finanzplanung im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales gesichert. Wir werden als NRW-Koalition den Betrag von 48 Mio. € jedes Jahr (vorerst bis 2021) für die Weiterführung zur Verfügung stellen. Insgesamt sind fast 3.000 Stellen im Landeshaushalt enthalten, um den Herausforderungen gerecht zu werden.

... ist zwingend notwendig. Es reicht nicht aus, dass die Mitte-Rechts-Landesregierung die Schulsozialarbeit nur befristet mit rund 48 Millionen Euro jährlich bis 2020 finanzieren will. Die Schulsozialarbeit in NRW muss langfristig und dauerhaft finanziert werden, gleichgültig, ob der Bund seiner Verantwortung zukünftig nachkommen wird oder nicht.

Der Bund ...

... ist in unseren Augen aufgrund der Sozialgesetzgebung in der Verpflichtung, die Länder und die Kommunen zu unterstützen. Die Teilhabe der Menschen am gesellschaftlichen Leben wird im Sozialgesetz geregelt. Auch dieses Arbeitsfeld ist ein wichtiges Aufgabengebiet für unsere Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter. Aus diesem Grund setzen wir auch auf eine Beteiligung des Bundes.

... kommt seiner Verpflichtung zur Finanzierung der Sozialarbeit an Schulen zur Umsetzung des BuT seit dem Jahr 2014 nicht mehr nach. Ziel ist es, dass der Bund die Finanzierungsverantwortung für diese Form der Schulsozialarbeit wieder vollständig übernimmt und als Regelleistung im SGB II gesetzlich verankert. Solange das nicht geschieht, muss die Landesregierung zwingend weiterfinanzieren.

Die Kommunen ...

... benötigen eine breite – auch finanzielle – Unterstützung, damit die Aufgaben der Schulsozialarbeit vor Ort wirkungsvoll umgesetzt werden können.

..., die Träger der Schulsozialarbeit und die Beschäftigten benötigen dringend Planungssicherheit. Ohne eine dauerhaft gesicherte Finanzierung droht den Kommunen in NRW ein massiver Verlust von Fachkräften. Das hat eine Expertenanhörung im Sozialausschuss am 31.01.2018 deutlich gezeigt. Schulsozialarbeit braucht deswegen dringend Kontinuität durch eine dauerhafte finanzielle Unterstützung.



... ein wichtiges Bindeglied und hilft dabei, dass Leistungen etwa aus dem Bildungs- und Teilhabepaket bei denen ankommen, die auf sie angewiesen sind. Schüler, Eltern und Lehrkräfte werden besser informiert und nehmen die Angebote zur Lernförderung und zur Teilhabe an kulturellen und sportlichen Aktivitäten verstärkt in Anspruch. So können Bildungschancen für alle Kinder eröffnet werden.

... ist notwendig, um die wichtige Arbeit der Fachkräfte vor Ort in den kommenden Jahren zu sichern. Deshalb hat die NRW-Koalition über Verpflichtungsermächtigungen für 2019 und 2020 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung auch für 2021 Mittel in unveränderter Höhe von 47,7 Millionen Euro vorgesehen. Die FDP-Fraktion sieht aber auch den Bund in der Verantwortung für eine verlässliche Finanzierung.

... ist weiterhin in der Pflicht, die Voraussetzungen für ein Mindestmaß gesellschaftlicher Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu erfüllen. Dazu zählt aus unserer Sicht die dauerhafte Finanzierung der zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes erforderlichen Beraterstellen. Leider sieht auch der neue Koalitionsvertrag von SPD und Union nicht vor, dieser Verantwortung gerecht zu werden.

... benötigen finanzielle Planungssicherheit zur Fortführung der Schulsozialarbeit. Sie wird von der NRW-Koalition sichergestellt. Zudem wollen wir die Schulsozialarbeit im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes besser mit anderen Angeboten des Landes und der Kommunen verknüpfen wie Jugendhilfe, allgemeine Sozialarbeit an Schulen und Förderung des Übergangs in Ausbildung und Arbeitsmarkt.



... an Schulen unverzichtbar. Gerade benachteiligte Schülerinnen und Schüler und ihre Familien benötigen Unterstützung, damit eine eigenverantwortliche und zukunftsorientierte Lebensgestaltung nachhaltig gelingt. Der Staat muss diese wichtige soziale Leistung übernehmen, um Bildungserfolg, Chancengleichheit und Teilhabe zu fördern. Sozialarbeit muss im multiprofessionellen Team eine feste Größe sein.

... ist zwingend erforderlich. Für die Qualität der Arbeit ist es wichtig, dass die Stellen gesichert sind und die wichtige Unterstützung kontinuierlich geleistet werden kann. Nur so wird Fachpersonal gehalten. Das Land muss die dauerhafte Finanzierung garantieren, denn Sozialminister Laumann hat auf Bundesebene bei den GroKo-Verhandlungen enttäuscht. Das darf nicht auf Kosten der Kinder, Schulen und Fachkräfte gehen.

... kommt seiner Verantwortung in diesem Feld schon seit Jahren nicht nach, die rot-grüne Landesregierung sprang ein. Dabei hätten CDU und SPD entsprechend der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichtes dafür sorgen müssen, dass die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes auch bei den Kindern und Jugendlichen ankommen. Hier hat schon die „alte“ GroKo versagt und auch die neue will es offenbar nicht besser machen.

... brauchen eine eindeutige finanzielle Zusage des Landes, damit sie trotz der Untätigkeit des Bundes eine verlässliche sozialräumliche Jugendhilfe, Bildungs- und Sozialplanung vornehmen können. Eine solche Kooperation ist Basis für Bildungserfolg und faire Entwicklungschancen für alle Kinder. Die notwendige Stellenzuweisung muss anhand von Sozialindizes erfolgen, die Schulen bedarfsgerecht räumlich ausgestattet werden.



... eigentlich dazu gedacht, Kinder und Jugendliche zur Selbständigkeit zu befähigen, wurde jedoch häufig als Reparaturinstrument politischer Fehlentscheidungen missbraucht. Hier ist vor allem der massenhafte, unkontrollierte Zuzug von Schülern aus dem Ausland zu nennen, die wenig bis keinerlei Voraussetzungen mitbringen, an den Schulen unseres Landes im Regelunterricht beschult zu werden.

... ist zwingend notwendig, um auch nur eine einigermaßen gedeihliche Lernsituation an den Schulen des Landes sicherzustellen. Die schlechende und selbstverschuldete Bildungskatastrophe, die sich aus einem unverhältnismäßig hohen Migrantenanteil an den Schulen ergibt, wodurch letztlich das Lernniveau für alle sinkt, kann aber auch damit nicht abgewendet werden.

... als der hauptsächliche Verursacher dieser Verwerfungen und der daraus resultierenden Belastungen, unter denen die Schulen heute zu leiden haben, steht dabei vorrangig in der Pflicht.

... sind in der Pflicht zur Umsetzung der Maßnahmen und müssen sich – sofern sie überhaupt noch zahlungsfähig sind – nach ihrer Leistungsfähigkeit auch finanziell daran beteiligen.

Aufbruch zum neuen Ufer

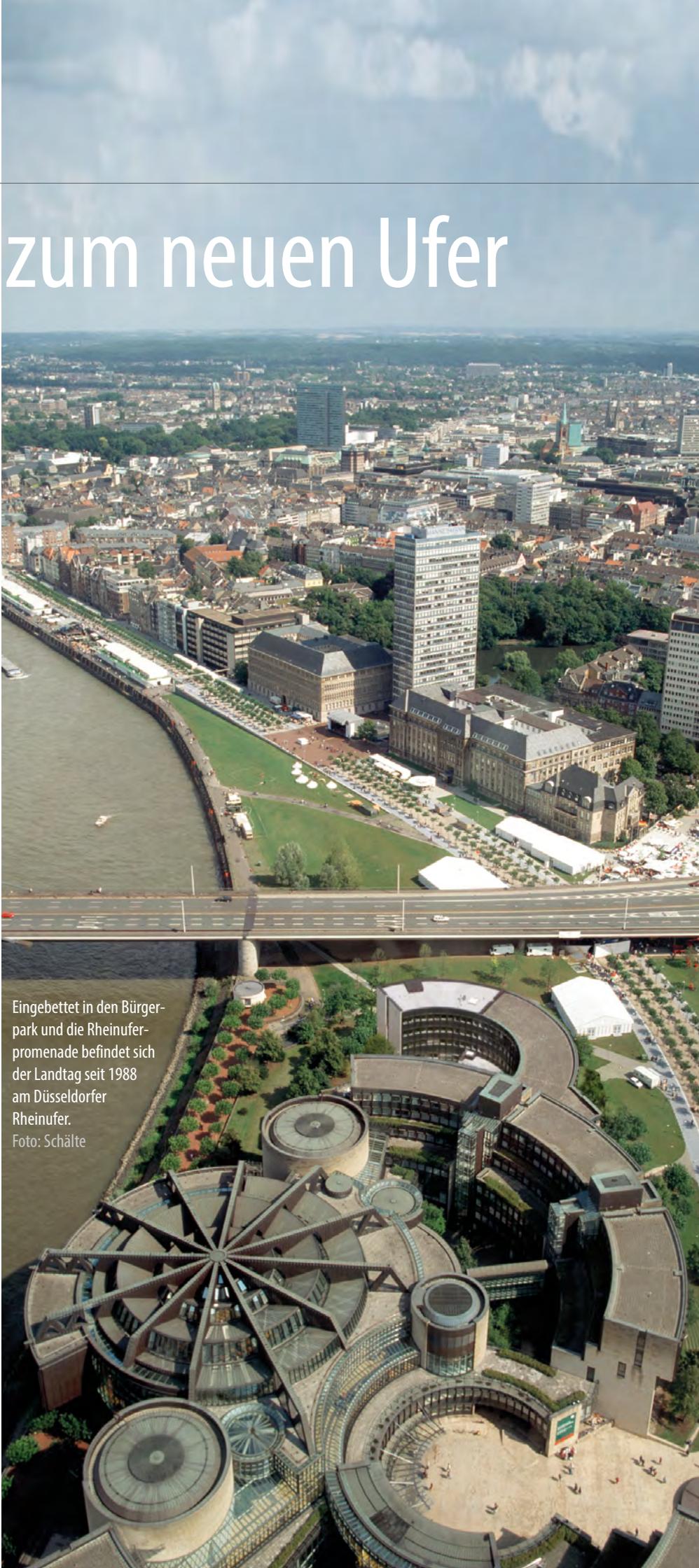
Vor 30 Jahren wurde das neue Landtagsgebäude am Rhein eingeweiht. Dem Neubau war eine lange intensive Debatte vorausgegangen – bis am Ende ein Entwurf für einen repräsentativen Bau stand, der die Jury durch ein „Spiel mit Kreisen“ überzeugte. Aber warum braucht es überhaupt ein neues Parlamentsgebäude? Eine Spurensuche zu den Debatten rund um den Landtag am Rhein.

Nein, so konnte es nicht weitergehen, da waren sich die Landtagsfraktionen von CDU, SPD und FDP einig. Die Räume im Düsseldorfer Ständehaus, wo der Landtag seit 1949 tagte, waren zu eng. Es mangelte an Büros für Abgeordnete, an Räumen für die Fraktionen, die Verwaltung, die Bibliothek und vor allem mangelte es an Platz im Plenarsaal: Im 19. Jahrhundert, als das Rheinland noch unter preußischer Herrschaft stand, war der Saal des damaligen rheinischen Provinziallandtags für rund 80 Personen hergerichtet worden, die selten tagten. Jetzt aber, nach 1949, tummelten sich im fensterlosen Plenarsaal bei schlechter Akustik und trübem Licht mehrere hundert Menschen, darunter neben Abgeordneten auch Besucherinnen und Besucher sowie Pressevertreter.

Platznot im Ständehaus

Die Frage nach Alternativen entwickelte sich zum Dauerthema, oft auch zum Streitthema im Landtag: Zwischen 1955 und 1972 gab es rund 80 Initiativen, die auf neue Baumaßnahmen zielten; mal sollte es ein Umbau sein, mal ein Anbau, dann wieder ein Neubau an einem anderen Standort. Auch weit gediehene Entwürfe wurden jedes Mal zu den Akten gelegt: Als 1977 beispielsweise ein Erweiterungsbau am Ständehaus entstehen sollte, machte sich eine Bürgerinitiative für den Erhalt der Grünanlagen am Schwanenspiegel stark. Das Projekt geriet ins Stocken. In den Jahren zuvor waren bereits neue Standorte etwa auf dem Düsseldorfer Messegelände und in einem geplanten Regierungsviertel an der Haroldstraße verworfen worden. Aus Platznot kam es zu Behelfslösungen; der Landtag war zeitweise in sieben Gebäuden untergebracht – für viele Abgeordnete, aber auch Mitarbeitende in der Verwaltung, ein unhaltbarer Zustand. „Zuständehaus“ wurde das Ständehaus laut einem Bericht des „Spiegel“ deshalb auch genannt.

Eingebettet in den Bürgerpark und die Rheinufersperrpromenade befindet sich der Landtag seit 1988 am Düsseldorfer Rheinufer.
Foto: Schälte





Unruhe machte sich breit: Hans Koch, damals Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, forderte im Januar 1978 laut einem Zeitungsartikel, dass der Landtag nach Neuss umziehen solle, wenn in Düsseldorf keine Lösung gefunden werde. Der SPD-Abgeordnete Hans-Georg Witt schlug vor, der Landtag solle nach Essen in die Villa Hügel verlegt werden. Die Stadt Köln unterbreitete sogar ein Angebot für ein Baugrundstück – bis die Stadt Düsseldorf schließlich ein Gelände ausfindig machte, das sich im Nachhinein als Glücksgriff herausstellen sollte: Der Berger Hafen, direkt am Rhein gelegen, sollte trockengelegt werden, um ein Areal für ein repräsentatives Landtagsgebäude herzurichten.

Im Dezember 1978 beschloss der Hauptausschuss des Landtags, das rund 32.000 Quadratmeter große Grundstück zu kaufen. Wenig später legte Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz ein Raumkonzept vor und erläuterte seine Vorstellungen zum Plenarsaal, dem Herzstück des parlamentarischen Geschehens: „Alle Abgeordneten, auch die Mitglieder der Landesregierung, sitzen in kreisförmiger Anordnung.“ Das Kreisrund des Raumes sollte mit der traditionellen Sitzordnung – dem Gegenüber von Parlament und Regierung – brechen und bei aller Verschiedenheit der Standpunkte einen parlamentarischen Debattenstil des Miteinanders prägen.

Gut ein halbes Jahr später verpflichtete sich die Stadt, die Rheinuferstraße, die damals noch direkt vor dem Baugrundstück verlief, in einen Tunnel zu verlegen. Damit war der Weg frei für einen bundesweiten Architektenwettbewerb, der 1979 ausgeschrieben wurde. 58 Entwürfe wurden eingereicht, im Februar 1980 prämierte eine Jury die Sieger: Der erste Preis ging an die Architekten Eller-Moser-Walter & Partner aus Düsseldorf.

Ausgehend von der Forderung nach einem kreisrunden Plenarsaal machten die Architekten runde Formen zum wesentlichen Gestaltungsmerkmal des Parlamentsneubaus. „Wie eine geöffnete Blüte“ habe das Bauwerk im Preisträgerentwurf ausgesehen, schrieb ein Journalist in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 5. März 1980. Der Entwurf bestand aus 27 Ringen, Zylindern und Spangen – alle angeordnet um den runden Plenarsaal. Runde Fraktions- und Ausschusssäle umgaben den Plenarbereich wie Satelliten. Weitere Trakte mit Büroräumen waren schalenförmig um den Plenarsaal angeordnet.

„Der Plenarsaal als ‚Kern‘ ist wie ein Fixstern von den Fraktionssälen und den Spiralförmigen der Abgeordnetenbereiche umrundet“, schreibt Architekt Prof. Fritz Eller,

der damals an der RWTH-Aachen lehrte, rückblickend über die gestalterischen Ideen. Ein „Spiel mit Kreisen“ habe ihm und seinen Architektenkollegen vorgeschwebt. „Wir versuchten, ein architektonisches Bild zu entwerfen, in dem der Sinn des Parlaments und das Wesen unserer Demokratie zum Ausdruck kommen.“ Das neue Gebäude sollte für Bürgernähe, Offenheit und Transparenz stehen – ein Grund dafür, warum so viel Glas verbaut wurde.

Transparenz und Bürgernähe

Von April 1980 an begannen die Vorbereitungen für den Bau: Zunächst wurde das Becken im aufgegebenen Berger Hafen mit Kies aufgeschüttet, anschließend rollten die Bagger an, um die Speicher, Lagerschuppen und Kräne abzubauen. Die Stadt übergab das baureife Gelände im August 1981. Baubeginn war ein Jahr später, 1984 wurde Richtfest gefeiert und es dauerte weitere vier Jahre, bis am 7. September 1988 das Landesparlament erstmals im neuen Gebäude tagte. Am 2. Oktober 1988 wurde der Landtag am Rhein offiziell eingeweiht – genau 42 Jahre nachdem die nordrhein-westfälische Volksvertretung am 2. Oktober 1946 erstmals getagt hatte.

Heinrich A. Große-Sender, damaliger Direktor des Landtags, würdigte den neuen Landtag kurz nach seiner Eröffnung in einer Broschüre: „Das neue Haus soll der heutigen Auffassung von Demokratie gerecht werden. Kontrollierbarkeit von Entscheidungsvorgängen, Transparenz und Bürgernähe sind daher wichtige Merkmale des Gebäudes.“ Bewusst sei auf „überkommene Symbolik von Herrschaftsmacht“ verzichtet worden. „Das Gebäude thront nicht über der Stadt, sondern, eingebettet in einen Bürgerpark und nach Form, Höhe und Materialien stadtplanerisch in die Stadt integriert, präsentiert sich der Landtag als Haus der Bürger dieses Landes.“ Und da steht es noch immer, zwischen Rheinkniebrücke und Fernsehturm, eingebettet in den Bürgerpark – ein „Amphitheater am Rhein“, das Maßstäbe setzt, wie ein Journalist in „Die Welt“ vor 30 Jahren schrieb. *tob*

Parlamentsnächte

Anlässlich des Jubiläums „30 Jahre Landtag am Rhein“ lädt Landtagspräsident André Kuper für den 28. und 29. September 2018 zu Parlamentsnächten in den Landtag ein. Bürgerinnen und Bürger können sich jeweils zwischen 17 und 23 Uhr einen Eindruck von der Architektur des Gebäudes und der parlamentarischen Arbeit verschaffen.



Der Berger Hafen 1970

Foto: Kastner/Bildrechte; Stadtarchiv Düsseldorf

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Einwanderung zum Gewinn aller machen – Werkstattgespräch der CDU-Fraktion

Es wurde richtig eng im Fraktionssaal der CDU-Landtagsfraktion. Der Grund: Die Arbeitskreise Integration und Wirtschaft hatten zum Werkstattgespräch „Qualifizierte Einwanderung gestalten! Auf dem Weg zu einem modernen Einwanderungsgesetz.“ eingeladen. Gefolgt sind dieser Einladung Praktikerinnen und Praktiker aus ganz Nordrhein-Westfalen. Mit dabei, als Impulsgeber, waren die Staatssekretärin für Integration, Serap Güler, und der Integrationsforscher Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani sowie Experten aus den Bereichen Arbeit, Wirtschaft und Hochschule. Die integrationspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Wermer, erklärte zu Beginn der Diskussion: „Wir brauchen qualifizierte Einwanderung. Deshalb hat sich die NRW-Koalition in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, für ein modernes Einwanderungsgesetz einzutreten.“



„Und der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Henning Rehbaum fügte hinzu: „Gegen den wachsenden Fachkräftemangel in Handwerk und Industrie brauchen wir dringend ein attraktives Einwanderungsgesetz wie in Australien oder Kanada.“ Darüber waren sich die 150 Teilnehmer einig. Mit ihren Wortmeldungen gaben die Gäste Anregungen zur Ausgestaltung eines solchen Gesetzes und sorgten mit ihren Fragen und Beiträgen für wertvolle Impulse. Für die Beteiligten stand fest, dass wir zwischen Flüchtlingsschutz

auf der einen Seite und qualifizierter Zuwanderung auf der anderen Seite klar differenzieren müssen. Konsens war es ebenfalls, die Zuwanderung zu steuern und das Zusammenleben so zu gestalten, dass wir weltoffen bleiben und trotzdem eine Ordnung schaffen, die für ein menschliches und gewinnbringendes Miteinander sorgt. Ein Einwanderungsgesetz sollte, nach Meinung der Experten, auch Transparenz schaffen und die Verfahren bündeln und vereinfachen. Wir als CDU-Fraktion halten fest: Es war ein gewinnbringendes Gespräch mit frischen Impulsen und diesen Dialog möchten wir gerne fortführen.



Die Landtagsfraktion
CDU

Steuerfahndung Wuppertal: Ein Hotspot der Bekämpfung von Steuerkriminalität wird fallengelassen

„Die personellen Abgänge von profilierten Fahndern bei der Steuerfahndung Wuppertal unterstreichen, dass der Kampf gegen Steuerbetrug bei der Mitte-Rechts-Koalition keinen hohen Stellenwert genießt. In einer auf Antrag der SPD-Fraktion ausgerichteten Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses wurde deutlich, dass Finanzminister Lienenkämper sehr wohl um die europaweite Strahlkraft der Steuerfahndung Wuppertal wusste, aber nichts tat, um erfahrene und anerkannte Spitzenkräfte zu halten. Stattdessen hat er diese so wichtige Entscheidung allein den nachgeordneten Behörden überlassen. Der Finanzminister hätte eine Alternative gehabt und die erfolg-



Stefan Zimkeit (SPD)

reiche Leiterin Höfer-Grosjean in ihrer Funktion belassen können. Er hat sich aber bewusst für einen anderen Weg entschieden und damit zumindest billigend in Kauf genommen, dass sie und ihr Stellvertreter die Behörde verlassen. Bemerkenswert ist, dass die CDU deutlich machte, dass die Wuppertaler Steuerfahndung für sie keinen besonderen Stellenwert genießt. In Anbetracht der Tatsache, dass das Amt mit seiner erfolgreichen Arbeit für Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe gesorgt hat, ist diese Aussage verwunderlich. Vielmehr wurde der Eindruck verfestigt, dass gerade die FDP jetzt ihre Chance sieht, sich als Schutzpatron für Steuersünder zu profilieren.

lenwert genießt. In Anbetracht der Tatsache, dass das Amt mit seiner erfolgreichen Arbeit für Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe gesorgt hat, ist diese Aussage verwunderlich. Vielmehr wurde der Eindruck verfestigt, dass gerade die FDP jetzt ihre Chance sieht, sich als Schutzpatron für Steuersünder zu profilieren.

FDP-Sprecher Witzel kündigte im Ausschuss an, dass über den Ankauf von Steuer-Datenträgern in Zukunft das Kabinett entscheiden werde. Minister Lienenkämper wies dies zwar zurück, wie das genaue Verfahren in Zukunft aussehen soll, bleibt aber unklar. Die FDP will zudem den Eindruck streuen, dass der Ankauf solcher Datenträger rechtswidrig sei, obwohl höchstrichterlich das Gegenteil festgestellt wurde. Traurig ist dieses ganze Schauspiel vor allem für die ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Sie können in Zukunft nicht mehr darauf setzen, dass Steuerhinterziehung mit der gleichen Konsequenz belangt wird wie bisher.“



Spitzenplatz als Sportland Nr. 1 ausbauen

Millionen Menschen treiben in NRW Sport, ein großer Teil von ihnen ist in landesweit etwa 18.500 Vereinen aktiv. Die tragende Säule bilden dabei die rund 350.000 Ehrenamtlichen, im Schulterschluss mit den Hauptamtlichen. Sie bewegen vieles vor Ort und machen NRW zum Sportland Nr. 1. Die FDP-Fraktion im Landtag will diesen Spitzenplatz weiter ausbauen.

Der NRW-Koalition aus FDP und CDU sind Sport und Ehrenamt wichtige Anliegen. „Wir haben bereits im ersten Gestaltungshaushalt den Sport, insbesondere den Breitensport, deutlich gestärkt“, erklärt FDP-Fraktionschef



Christof Rasche. Mit der Vereinbarung „Nr. 1: Sportland NRW“ zwischen Land und Landessportbund erhält der Sport nun Planungssicherheit bis 2022. Der jährliche Finanzausschuss des Landes steigt um rund 7,9 Millionen Euro auf über 42 Millionen Euro. „Das ist Ausdruck der Anerkennung und Wertschätzung gegenüber dem Sport und ganz besonders den vielen Ehrenamtlichen“, sagt Rasche.

Den Sanierungsstau bei Sportstätten hat die FDP ebenso im Blick wie überbordende Bürokratie. Andreas Terhaag, sportpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion: „Die FDP-

Fraktion steht gemeinsam mit der CDU im konstruktiven Dialog mit Vereinen und Verbänden. Es besteht große Einigkeit, dass der Zustand der Sportstätten Anlass zur Sorge bereitet. Das Thema wird uns auch in der Politik in den nächsten Jahren immer wieder beschäftigen müssen.“ Eine Initiative, um die Bürokratie für den Vereinssport auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren, haben die regierungstragenden Fraktionen bereits auf den Weg gebracht. „Wir wollen Nordrhein-Westfalen als Sportland Nr. 1 weiter stärken“, betonen Rasche und Terhaag.



100 Jahre Frauenwahlrecht: Wir wollen echte Gleichberechtigung für alle Frauen

In diesem Jahr wird das Frauenwahlrecht 100 Jahre alt, aber vollkommen gleichberechtigt sind viele Frauen noch immer nicht. Am 12. November 1918 wurde nach langem Kampf das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt. 90 Prozent der wahlberechtigten Frauen stimmten anschließend bei der ersten gleichberechtigten Wahl auch ab, 10 Prozent der Abgeordneten der verfassungsgebenden Nationalversammlung waren Frauen.

Doch auch wenn wir in diesem Jahr 100 Jahre Frauenwahlrecht feiern, sieht es in den heutigen Parlamenten nicht wesentlich besser aus. Die Frauenquote im NRW-Landtag ist in der neuen Legislaturperiode sogar gesunken: auf 27,6 Prozent. Bei den Fraktionen von CDU (23,6 Prozent) und FDP (17,9 Prozent) sind Frauen deutlich unterrepräsentiert.

Wir GRÜNEN (Frauenanteil von 50 Prozent) halten dagegen: Wir kämpfen für das Recht der paritätischen Teilhabe – nicht nur in den Parlamenten.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT – VIEL ERREICHT, ABER NOCH VIEL ZU TUN!

Denn Chancen, Zeit, Geld und Macht sind weiterhin nicht gerecht verteilt. Frauen bekommen im Schnitt nach wie vor 21 Prozent weniger Lohn. Bei der Rente beträgt der Unterschied ganze 53 Prozent. Dabei übernehmen Frauen etwa

einmal so viel unbezahlte Sorgearbeit wie Männer. Und es gilt leider noch immer: Je höher die Position, desto geringer der Frauenanteil. Wir wollen, dass sich das ändert. Wir wollen, dass Frauen für dieselbe Arbeit denselben Lohn bekommen wie ihre Kollegen, dass sie Beruf und Familie kombinieren können, dass sie Karriere ohne gläserne Decke und mit denselben Aufstiegschancen wie Männer machen können.

Wir wollen, dass nicht erst wieder 100 Jahre vergehen müssen, bis wir von einer tatsächlichen Gleichberechtigung sprechen können.



Neujahrsempfang der AfD-Landtagsfraktion NRW

Zu ihrem Neujahrsempfang am 26.01.2018 hatte die AfD-Fraktion Vertreter von Verbänden, NROs, Landsmannschaften, Künstler und Sportler eingeladen, außerdem Mandatsträger aus anderen Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion sowie aktive Förderer und Gäste. In einem so festlichen wie geselligen

Rahmen präsentierte sie ihre bisher im Landtag geleistete Arbeit und knüpfte hilfreiche Kontakte für ihre parlamentarische Tätigkeit.

Den offiziellen Teil eröffnete der Fraktionsvorsitzende Markus Wagner mit einer launigen Rede, in der er sich auch für die vielfältige Unterstützung vonseiten der an diesem Tage Anwesenden bedankte. Naturgemäß mit großer Spannung erwartet wurde die anschließende Festrede unserer Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dr. Alice Weidel. Mit ihren so scharfsinnigen wie -zügigen Berichten und Analysen begeisterte sie das Publikum denn auch nachhaltig. „Zum ersten Mal in diesem hohen Hause hat ein AfD-Politiker standing ovations bekommen für seine Rede“, resümierte Markus Wagner mit einem heiteren Zwinkern bei seiner Danksagung an Alice Weidel.

Überhaupt war die gesamte Atmosphäre von gut gelaunter Harmonie und geschäftigem Interesse geprägt. Nach den Reden wartete ein Buffet mit Livemusik auf die Gäste, die nun auch die Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen und teils sehr regen Austausch nutzten. Kontakte wurden geknüpft, Synergien erörtert, Termine für weitergehende Sondierungen vereinbart. Natürlich waren besonders unsere Abgeordneten gefragte Gesprächspartner, die nicht nur detailliert über ihre Arbeit berichteten, sondern selbst wertvolle Anstöße für ihr parlamentarisches Wirken erhielten.





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Afrikanische Schweinepest

24.1.2018 – Der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz hat sich mit der Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest befasst. Umweltministerin **Christina Schulze Föcking** (CDU) stellte dazu einen Bericht (17/472) der Landesregierung vor: Die Afrikanische Schweinegrippe (ASP) breite sich seit 2007 in Osteuropa aus und habe in kurzer Zeit „einen großen Sprung nach Westen gemacht“. Die Entwicklung gebe „Anlass zu großer Sorge“ und bedrohe die Tierhaltung in NRW. Unter Fachleuten herrsche die Meinung vor, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis ein ASP-Fall auch in Deutschland auftrete – mit „äußerst schwerwiegenden und massiven Folgen für die Agrarwirtschaft“, sagte Schulze Föcking. Das ASP-Virus sei für Menschen ungefährlich; sollte sich jedoch ein Tier in Deutschland infizieren, sei bundesweit laut Schätzungen für den „Hausschweinesektor“ mit einem Schaden von mindestens zwei Milliarden Euro pro Jahr zu rechnen. Um die Ausbreitung einzudämmen, seien zahlreiche Schutzmaßnahmen getroffen und länderübergreifend Krisenszenarien entwickelt worden.

Masterplan Fernstraßen

31.1.2018 – Verkehrsminister **Hendrik Wüst** (CDU) hat im Verkehrsausschuss den „Masterplan zur Umsetzung des Fernstraßenbedarfs“ (17/428) vorgestellt. Die Straßen im Land seien vielfach „zu eng, zu klein und zu oft marode“. Das werde vor allem an den Brücken auf der A1 und der A40 deutlich. Der Bedarfsplan des Bundes umfasse allein für Autobahnen und Bundesstraßen mehr als 200 Projekte mit einem Volumen von 200 Milliarden Euro. Das Land sei für die Umsetzung des Planes zuständig. Nicht alle Maßnahmen könnten gleichzeitig vorgenommen werden, daher werde eine Rang-

folge festgelegt. Schwerpunkt der kommenden Jahre sei die Beseitigung von Engpässen, sagte Wüst. Der Masterplan diene der Straßenbauverwaltung als neues Steuerungsinstrument. Er werde regelmäßig aktualisiert.

Diskussion um Steuerfahnder

1.2.2018 – Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich in einer Sondersitzung mit Personalveränderungen bei der Wuppertaler Steuerfahndung befasst. Hintergrund: Eine Steuerfahnderin, zugleich Stellvertreterin des in den Ruhestand gegangenen Behördenchefs, und ein Kollege sind in die Privatwirtschaft gewechselt. Beide waren bislang u. a. für den Ankauf von CDs mit den Namen von Steuersündern zuständig. Die Fraktionen von SPD und Grünen warfen der Landesregierung vor, die „erfolgreiche Arbeit“ der Behörde auszubremsen. Die vakante Chefstelle sei ausgeschrieben worden, obwohl eine spätere Besetzung mit der bisherigen Stellvertreterin möglich gewesen wäre. Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU) wies die Vorwürfe zurück. Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung sei eine „wichtige Aufgabe“, am Verfahren zum Ankauf von Steuer-CDs ändere sich nichts. Bei der Neubesetzung der Leitungsstelle halte man sich an die Grundsätze der Bestenauslese und Gleichbehandlung. Ziel sei es gewesen, die Stelle angesichts der großen Arbeitsbelastung innerhalb der Behörde nicht monatelang unbesetzt zu lassen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hatte das Thema bereits am 25. Januar 2018 in einer Aktuellen Viertelstunde debattiert. Die SPD-Fraktion hatte eine Sondersitzung des Ausschusses beantragt, da die Landesregierung ihrer Auffassung nach nicht alle Fragen beantwortet habe.

Gewalt gegen Einsatzkräfte

22.2.2018 – Die Abgeordneten im Innenausschuss haben sich mit der Gewalt gegen

Einsatzkräfte beschäftigt. Einem Bericht des Innenministeriums zufolge gab es im vergangenen Jahr wieder viele Übergriffe gegen Beamtinnen und Beamte der Polizei, der Justiz, des Zolls sowie gegen Feuerwehrleute und Einsatzkräfte des Rettungsdienstes. Gestiegen ist demnach die Zahl der Bedrohungen und in mehr als 7.000 Fällen hat es Widerstand gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gegeben. Innenminister **Herbert Reul** (CDU) stellt in seinem Bericht fest, dass „respektloses Verhalten gegen Einsatzkräfte“ ein „signifikantes Problem“ sei. Im Jahr 2017 gab es dem Bericht zufolge sieben versuchte Tötungsdelikte, ebenso viele wie im Jahr zuvor. Gestiegen sei die Zahl einfacher Körperverletzungen von 834 Fällen im Jahr 2016 auf 897 Fälle im Jahr 2017. Auch Bedrohungen hätten zugenommen: 770 Fälle 2017, 688 Fälle 2016. Rückläufig sei dagegen die Anzahl schwerer und gefährlicher Körperverletzungen gewesen: 618 Fälle im Jahr 2016, 559 Fälle im Jahr 2017.

Fragen zu Petitionen

12.3.2018 – Am Montag, 12. März 2018, findet zwischen 15 und 18 Uhr die Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, statt. Die Menschen aus der gesamten Region können den Abgeordneten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Petitionsausschusses ihre Probleme mit Kommunal- und Landesbehörden schildern. In einigen Fällen kann erfahrungsgemäß sofort Rat erteilt werden. Der Ausschuss hilft Bürgerinnen und Bürgern, die sich von einer Behörde falsch behandelt fühlen. Wer sein Anliegen persönlich vorbringen möchte, sollte sich unter Telefon: (0211) 884-2757 für den Sprechtag anmelden, um so unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Weitere Informationen zum Petitionsverfahren finden Sie unter www.landtag.nrw.de.

Zu Wasser, zu Lande und in der Luft

Anhörung im Verkehrsausschuss zu Mobilitätskonzepten der Zukunft

21. Februar 2018 – Stau auf der Straße, Verspätungen auf der Schiene, marode Brücken: Die Fraktionen von CDU und FDP fordern einen „Neustart“ der Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen. Bei einer Anhörung im Verkehrsausschuss haben sich Sachverständige zu Mobilitätskonzepten der Zukunft geäußert.

Grundlage war der Antrag „Neustart in der Verkehrspolitik – Gemeinsam die Zukunft der Mobilität gestalten!“ (17/1282). Die Landesregierung solle „ideologiefrei alle notwendigen Schritte zur umfassenden Ertüchtigung der Infrastruktur aller Verkehrsträger“ angehen, heißt es im Antrag. Mobilität müsse „ganzheitlich betrachtet werden, um die Effizienz der Verkehrsnetze verkehrsträgerübergreifend auf Straßen, Schienen, im Wasser, in der Luft sowie im Personen- und im Güterverkehr zu erhöhen“. Auch Carsharing-Modelle, Konzepte für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie die Potenziale der Digitalisierung sollten weiterentwickelt werden.

Alle Sachverständigen stimmten der Beobachtung zu, dass die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen derzeit an ihre Kapazitätsgrenzen stoße. Die Deutsche Bahn AG geht davon aus, dass es in Zukunft nötig sein wird, „viel konsequenter als bisher auf neue Technologien und Digitalisierung zu setzen“. Die Bahn habe das Programm „Digitale Schiene“ gestartet. Ziel sei es, beispielsweise durch digitale Leit- und Sicherungstechnik sowie digitale Stellwerke im Schienennetz „bis zu 20 Prozent mehr Kapazität zu schaffen, ohne dass neue Strecken gebaut werden müssen“.

Der ADAC Nordrhein stellte fest, dass es in Ballungsräumen eine „zunehmende Verdichtung“ des Verkehrs gebe, während in ländlichen Räumen die „Mobilitätssicherung“ im Vordergrund stehe. Die Zukunft gehöre „integrierten Mobilitätskonzepten“. Menschen müssten dabei „emissionsfrei, automatisiert und in einer vernetzten Systemmobilität aus öffentlichem

Personennahverkehr (ÖPNV) und Individualverkehr unterwegs sein können“.

Der Fahrgastverband Pro Bahn NRW bemängelte, dass der Antrag der Fraktionen überwiegend auf die Situation im Straßenverkehr eingehe. Im Schienenverkehr seien allerdings auch „fehlende baureife Planungen“ festzustellen. Das Streckennetz der Deutschen Bahn sei in den vergangenen Jahren im Gegensatz zum Straßennetz weiter geschrumpft. Verspätungen seien „immer häufiger auf Mängel oder Bauarbeiten im Netz zurückzuführen“.

„Kapazitäten ausgeschöpft“

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen Nordrhein-Westfalen verwies in seiner Stellungnahme auf die aktuell diskutierte Forderung nach einer kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs. Hier sei „dringend“ zu beachten, „dass die ÖPNV-Systeme gerade in den Ballungsräumen und besonders im Berufsverkehr praktisch keine nennenswerten Kapazitätsreserven mehr besitzen“.

Der Verkehrsclub Deutschland – Landesverband NRW stellte „mit Erstaunen und Sorge“ fest, dass im Antrag von CDU und FDP „die Umwelt mit keinem Wort erwähnt wird, obwohl von Klimaschutz über Lärmschutz bis Luftreinhaltung schwerwiegende akute Umweltprobleme des Verkehrs zu lösen sind“. Um eine EU-Klage abzuwenden, müssten dringend Luftreinhaltepläne aufgestellt werden. Es brauche eine „koordinierte Umwelt- und Verkehrspolitik“.

Der Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt bemerkte, dass in keinem ande-

ren Bundesland so viele Güter über Flüsse und Kanäle transportiert würden wie in Nordrhein-Westfalen. Der Gütertransport auf dem Wasser stelle zudem „die umweltschonendste Lösung“ dar. „Binnenschiffe verursachen keinen Stau, emittieren im Vergleich zu Straße und Schiene mit Abstand die geringsten klimaschädlichen Gase (CO₂) und sind auch in puncto Lärm und Unfallzahlen vorbildlich.“

Das Technologie-Unternehmen door2door bemerkte, dass in Zukunft digitale Technologien gerade für den ÖPNV eine zunehmende Rolle spielten – etwa bei sogenannten Ridesharing-Modellen: Eine Smartphone-App bündele dabei die Anfragen mehrerer Fahrgäste, ein Shuttlebus bringe sie sicher ans Ziel. Digitale Angebote sollten von ortsansässigen Verkehrsverbänden und der Stadt als ergänzendes Angebot zum ÖPNV realisiert werden.

Das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie stellte fest, dass sich Mobilität und Verkehr aktuell im massiven Umbruch befänden. Der Straßenbau müsse „in seiner Kapazitätsauslegung heute schon völlig neue Mobilitätsmuster antizipieren“. Das gelte insbesondere für Sharing-Modelle im Verkehr sowie Optionen des autonomen Fahrens.

Der Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft bemerkte, dass die Verkehrsinfrastruktur in NRW „seit Jahren – auch im Luftverkehr – an ihre Kapazitätsgrenzen stößt“. Über das „richtige Bekenntnis zum Aus- und Neubau der Verkehrsinfrastruktur sowie zur Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs- und Bauvorhaben hinaus“ bleibe der vorgelegte Antrag „sehr im Allgemeinen“. *tob*

Foto: Schälte





Foto: Schälte

AUSSCHÜSSE

Krankenhausfinanzierung auf dem Prüfstand

Sachverständige äußern sich zu Klinikinvestitionen

21. Februar 2018 – Das Finanzierungssystem der Krankenhäuser muss überarbeitet werden – darin waren sich die Sachverständigen in einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales einig. Ebenfalls einig waren sie sich in dem Punkt, dass die bisher diskutierten Summen zu gering seien.

Hintergrund der Anhörung war ein Antrag der SPD-Fraktion mit dem Titel „Das derzeitige System der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen muss grundlegend überarbeitet werden! Investitionsstau bei Krankenhäusern abbauen, ohne Kommunen mehr zu belasten!“ (17/811). Der Investitionsbedarf werde auf mindestens 1,2 Milliarden Euro beziffert, stellt die SPD in ihrem Antrag fest. Die Finanzierung sei in den vergangenen Jahren zwar kontinuierlich gesteigert worden, trotzdem reichten die Mittel nicht aus. Das bisherige Finanzierungssystem sehe eine Beteiligung der Kommunen von 40 Prozent vor, eine Belastung, die nicht vertretbar sei. Die SPD-Fraktion fordert die Landesregierung daher auf, gemeinsam mit der NRW-Bank ein Konzept für ein Klinik-Investitionsprogramm vorzulegen.

Die kommunalen Spitzenverbände stimmen der Aussage zu, dass das derzeitige System der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen überarbeitet werden müsse. Nach dem jetzigen System ergebe sich das jährlich von den Kommunen aufzubringende Finanzvolumen erst nach der Festlegung des Landeshaushalts. „Durch die Festlegung im jeweiligen Landeshaushalt bucht das Land gewissermaßen auto-

matistisch in den kommunalen Haushalt“, heißt es in der gemeinsamen Stellungnahme der Verbände. Das Finanzierungsprogramm mit der NRW-Bank könne nur eine Anschubfinanzierung sein, sagte Dr. Matthias Menzel vom Städte- und Gemeindebund in der Anhörung.

Rudolph Mintrop, Geschäftsführer des Klinikums Dortmund, schreibt in seiner Stellungnahme, dass die Summe, die bis 2021 jährlich investiert werden solle, viel zu klein sei. Es fehle Geld sowohl für die Infrastruktur als auch fürs Personal. Eine Instandhaltung und eine zeitgleiche Investition ins Personal seien nicht mit den Mitteln der Kliniken möglich. Hier würden sie Unterstützung benötigen. Die Arbeit sei schwer genug, da dürften die Arbeitsbedingungen nicht zusätzlich schlecht sein, sagte Mintrop in der Anhörung.

„Förderung anheben“

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen beruft sich auf das Ergebnis einer Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung zum Investitionsbedarf an Krankenhäusern. So wie in Dortmund sehe es an vielen Kliniken in NRW aus, sagte Jochen Brink, Vertreter der

Krankenhausgesellschaft, in der Anhörung. Das von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Investitionsprogramm könne den Investitionsstau nicht vollständig in den Griff bekommen. Es sei notwendig, dass das Land die Investitionsförderung um eine Milliarde auf 1,5 Milliarden Euro jährlich anhebe. Ansonsten gebe es ein Refinanzierungsproblem, das auch dazu führe, dass Löhne gering blieben und es an Fachkräften mangle. Diese aus dem Ausland anzuwerben, sei keine Lösung.

Die AOK Rheinland/Hamburg und der Verband der Ersatzkassen (vdek) erklärten in ihrer gemeinsamen Stellungnahme, dass die Krankenhäuser ihre Investitionen aus der Betriebskostenfinanzierung der Krankenkassen quersubventionieren müssten. Das gehe zulasten der Patientinnen und Patienten. Es sei wichtig, zukunftsfähige Strukturen zu schaffen und nicht nur den Status quo zu sichern, sagte Dirk Ruiss vom vdek. Die Krankenhäuser in NRW seien unzureichend spezialisiert. Matthias Mohrmann von der AOK ergänzte, dass es eine Zusammenarbeit der Kliniken in den Ballungsräumen mit den Krankenhäusern in der Fläche brauche. Eine strukturelle Verbesserung erfordere somit eine aktive Krankenhausplanung. *ell*

Porträt: Norbert Römer (SPD)



In der ersten Reihe seiner Fraktion saß er schon immer, jetzt steht er auch noch ganz vorn. Norbert Römer hat die alleinige Spitze der SPD im Landtag übernommen, seit die Macht samt Ministerpräsidentin den Sozialdemokraten bei der letzten Wahl abhanden kam. Ist Opposition wirklich Mist? „Man arbeitet viel für den Papierkorb“, sagt der 70-Jährige, „aber wir müssen die Chance nutzen, unser Profil neu zu schärfen.“ Er jedenfalls habe seine neue Rolle schnell angenommen.

Norbert Römer verkörpert ein Stück klassische SPD-Identität im Ruhrgebiet, wie man sie im Parlament nur noch selten findet. Der Bergbau hat ihn geprägt, obwohl er nie Kohle vor Ort gemacht hat. „Ich bin ein angelesener Bergmann“, erzählt er, nicht ohne Selbstironie, in seinem Landtagsbüro. Seine Montan-Karriere fand über Tage statt: bei der IG Bergbau, als Pressesprecher und Redakteur des Gewerkschaftsmagazins, später dann als Gewerkschaftssekretär.

„Er kommt nicht auf den Pütt“

Als er fünf ist, zieht die Familie nach Castrop-Rauxel. Sein Vater arbeitet auf Zeche Erin. Der Sohn schließt 1961 die Volksschule ab, da hat die Steinkohlekrise bereits eingesetzt. Die Eltern sprechen ein Machtwort: „Aus dem Jungen darf alles werden, aber er kommt nicht auf den Pütt.“ Norbert Römer schlägt eine Verwaltungslaufbahn ein, wird später Zeitsoldat, absolviert schließlich ein Volontariat bei der WAZ. So landet er in der Pressestelle der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE).

Da ist er schon Mitglied der SPD. Bergbau und Genossen – das gehört in jenen Jahren zusammen wie Castrop und Rauxel. Seine Mutter betreibt eine Gaststätte, wo auch der SPD-Orts-

verein tagt. Ab und zu hilft er aus, steht hinterm Tresen, zapft Pils. Die Eltern gehören der SPD an und so ist es auch für ihn nur ein kurzer Weg zum Parteieintritt. Es ist 1968. „Ich hatte gar keine andere Chance“, sagt Römer, kein Freund verschnörkelter Sätze.

Heute, 50 Jahre danach, mag er nicht begreifen, dass demnächst die beiden letzten Pütts in NRW schließen werden. Für ihn war es stets unvorstellbar, dass es an der Ruhr einmal keinen Bergbau mehr gibt. „Ich halte das nach wie vor für falsch“, sagt er. Zwar sei es die „große Leistung“ von IGBE und SPD, dass Unruhen und Brüche vermieden wurden. Aber die Folgen sozialer Verwerfungen spürt er fast täglich, auch bei seiner Arbeit im Landtag.

Dort zieht er 2005 ein. Ein Jahr später ist er Fraktionsvize. Als Hannelore Kraft 2010 mit den Grünen eine Minderheitsregierung bildet, organisiert Römer als Fraktionschef mit dem Grünen Reiner Priggen die mühsame Suche nach Mehrheiten. Der Kohlemann und der Ökostromer: Das gegensätzliche Duo bildet – so Römer – „den Stabilitätsanker“ der Koalition. Bis heute haben sie privat Kontakt. Rückblickend sagt Römer, es sei ein „schweißtreibender, aber spannender“ Job gewesen, den er nie gegen ein Ministeramt eingetauscht hätte: „Ich eigne mich nicht für Kabinettsdisziplin.“

Was hat sich im Landtag verändert? Römer legt Wert auf Respekt vor den Kollegen der politischen Konkurrenz, mit Ausnahme der AfD. „Ihr Auftreten ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund“, zitiert er Kurt Schumacher, der mit diesen Worten 1932 im Reichstag Goebbels und die NSDAP attackierte. Mit den „bewussten Provokationen“ der AfD müsse man umgehen, ohne ihnen eine Bühne zu bieten.

In seiner eigenen Partei sieht der Chef des Bezirks Westliches Westfalen großen Nachholbedarf. „Wir müssen wieder erkennbar werden“, sagt der GroKo-Kritiker, „die Menschen müssen uns besser unterscheiden können.“ Das bedeutet, dass die SPD klarer Partei ergreifen müsse. Daran will er arbeiten, wenn er Ende Mai – wie angekündigt – den Fraktionsvorsitz abgibt. Vielleicht hat er dann auch etwas mehr Zeit für seine große Leidenschaft, das Kochen – für seine Frau Christine, und dafür, der Familienmensch sein zu können, der er so gern ist. *Theo Schumacher*

Zur Person

Seit 2010 ist Norbert Römer Vorsitzender der Parlamentariergruppe NRW-Israel. Das will er bleiben. „Wir legen großen Wert auf gute Kontakte zu den jüdischen Gemeinden“, sagt er.

Präsident gedenkt Holocaust-Opfer

Landtagspräsident André Kuper hat am 27. Januar 2018 an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor 73 Jahren erinnert. In einer Erklärung des Präsidenten zum Holocaust-Gedenktag heißt es u. a.: „Wir erinnern an diesen Tag, weil wir wissen: Willkür und völkisch-nationale Gesinnung bringen unsagbares Leid über Menschen. Deshalb stehen wir auf dem Boden der Menschenrechte. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind in Deutschland unverhandelbar. Wer hier lebt, muss sich zu ihnen bekennen. Jeder Form von aufkeimendem Antisemitismus, von Rassismus, religiös getarnter Ausgrenzung oder nationalistischem Gehabe werden wir entschieden entgegengetreten. Die Nachkommen der Opfer der nationalsozialistischen Verbrechen bitten wir, die Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen, besonders auch an diesem Tag um Vergebung für das unermessliche Leid, das der Nationalsozialismus über zahllose Menschen und Völker gebracht hat. Unser Land bleibt der Freiheit verpflichtet.“ Sowjetische Soldaten hatten am 27. Januar 1945 die rund 7.500 Überlebenden des Konzentrationslagers befreit. Allein in Auschwitz-Birkenau wurden bis zu 1,5 Millionen Menschen ermordet. Die vollständige Erklärung des Präsidenten lesen Sie unter: www.landtag.nrw.de.

Der Landtag international

Auch in der 17. Wahlperiode pflegt der Landtag NRW internationale Kontakte und Freundschaften. Erneut hat das Landtagspräsidium beschlossen, insgesamt sieben Parlamentariergruppen einzurichten. In diesen Gruppen engagieren sich Abgeordnete aller Fraktionen für den grenzüberschreitenden Austausch. Ihre Arbeit aufgenommen haben die Parlamentariergruppen Polen, Mittel- und Osteuropa, Baltikum (Vorsitz: Landtagspräsident André Kuper), Türkei (Vorsitz: 1. Vizepräsidentin Carina Gödecke), USA (Vorsitz: 2. Vizepräsidentin Angela Freimuth), Frankreich (Vorsitz: 3. Vizepräsident Oliver Keymis), Benelux (Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk), Israel (Vorsitz: Norbert Römer) und China (Vorsitz: Johannes Rimmel). Darüber hinaus hat das Präsidium erstmals zwei Länderbeauftragte ernannt, die im Auftrag des Präsidiums als Kontaktpersonen für Japan (Beauftragte: 2. Vizepräsidentin Angela Freimuth) und Großbritannien (Beauftragter: Henning Höne) tätig sind. *SW*

Kurz notiert

Staatsbesuch aus Ghana

Landtagspräsident André Kuper hat am 27. Februar 2018 den Staatspräsidenten der Republik Ghana, Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, empfangen. Der Staatspräsident trug sich in das Gästebuch des Landtags ein. Er wurde von einer großen Delegation begleitet, darunter Außenministerin Shirley Ayorkor Botchwey. Landtagspräsident Kuper zeigte den Gästen den Plenarsaal. Im Anschluss fand ein Arbeitsgespräch statt, an dem auch Abgeordnete aller fünf Fraktionen teilnahmen. Zwischen NRW und dem westafrikanischen Land besteht seit 2007 eine Partnerschaft. Weitere Informationen unter www.landtag.nrw.de.

Justiz im Landtag

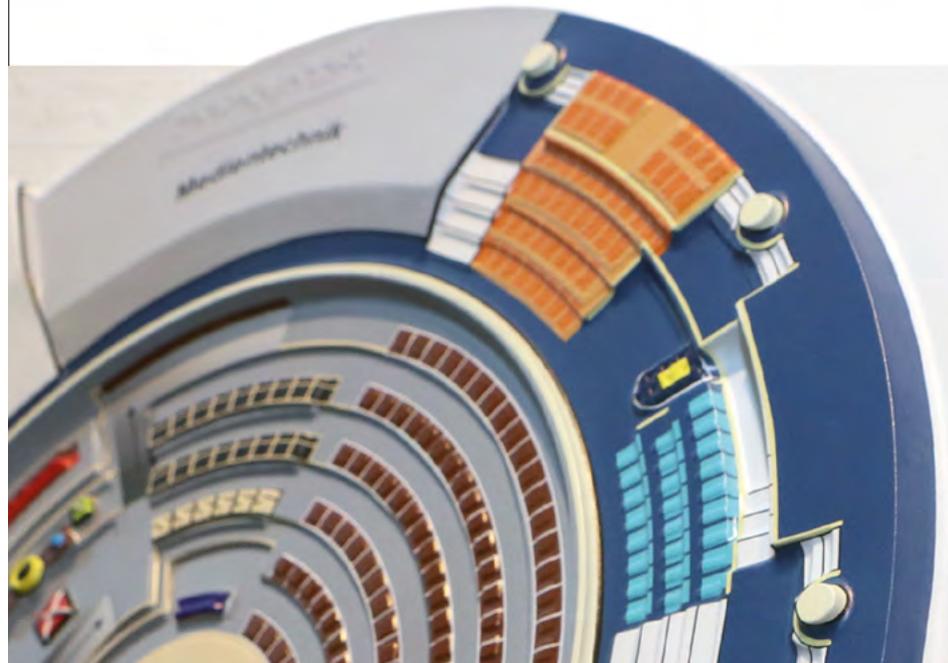
Landtagspräsident André Kuper hat am 20. Februar 2018 die Präsidentinnen und Präsidenten der nordrhein-westfälischen Gerichte im Landesparlament empfangen. Gemeinsam mit den Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie Vizepräsident Oliver Keymis konnte er rund 60 Gäste begrüßen, darunter die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs NRW, Dr. Ricarda Brandts, und Landesjustizminister Peter Biesenbach. Zu Gast waren zudem die Spitzen von Oberlandes- und Landgerichten, Verwaltungs-, Finanz-, Arbeits- und Sozialgerichten sowie Amtsgerichten. Weitere Informationen unter www.landtag.nrw.de.

Parlamentsgeschichte

Im „Haus der Parlamentsgeschichte“ gehen Besucherinnen und Besucher auf eine Zeitreise durch über 70 Jahre der nordrhein-westfälischen Landtagsgeschichte – von der Geburtsstunde Nordrhein-Westfalens im Jahr 1946 bis in die Gegenwart. Einen Vorgeschmack auf den Besuch der multimedialen Ausstellung bietet ein neues Video auf der Internetseite des Landtags www.landtag.nrw.de. Der Besuch der Ausstellung ist montags bis freitags im Rahmen geführter Touren möglich. Die Führungen sind kostenlos. Eine vorherige Anmeldung ist unbedingt erforderlich, Telefon (0211) 884-2955/-2302 oder per E-Mail: besucherdienst@landtag.nrw.de

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint in der Woche nach den Plenartagen vom 21. und 22. März 2018.



Neue Tastmodelle des Landtags

Zwei neue Tastmodelle sollen blinden und sehbehinderten Menschen helfen, sich besser im Landtag zurechtzufinden. Im Beisein von Landtagspräsident André Kuper und Claudia Middendorf, der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten, wurden die Modelle am 1. Februar 2018 vorgestellt (Bild unten). Landtagspräsident Kuper wertete sie als einen weiteren Schritt in Richtung vollständiger Barrierefreiheit des Landtags. Das erste Modell zeigt das Landtagsgebäude, das zweite den Plenarsaal: Wer es ertastet, bekommt einen Eindruck davon, wo beispielsweise die Abgeordneten, Regierungsvertreter und Mitglieder des Präsidiums sitzen.

Fotos: Schälte

